

Sächsische Staatskanzlei
Ministerpräsident Michael Kretschmer
Archivstraße 1
01097 Dresden

22.03.2022

NEIN zur Impfpflicht, Abschaffung aller Maßnahmen

Sehr geehrter Herr Kretschmer,

wir, die unterzeichnenden Bürger von Weinböhla, fordern Sie hiermit auf, sich für die Abschaffung aller getroffenen Corona Maßnahmen und die Verhinderung der Impfpflicht einzusetzen.

Es ist mittlerweile allgemeingültiges Wissen (im Übrigen weltweit), dass die Impfung weder vor Infizierung, Ansteckung anderer Personen noch davor schützen kann, an Covid-19 – auch schwer – zu erkranken. Im Gegenteil wird immer deutlicher, dass Geimpfte einen schlechteren Schutz vor Covid-19 haben als impfstofffreie Menschen, die sich über eine Erkrankung – z.B. mit der leichten Omicron-Variante – immunisiert haben.

Ihnen stehen alle Quellen zur Verfügung (PEI, RKI – um nur Beispiele zu nennen) und wir sind uns sicher, dass Sie diese Fakten bereits kennen. Sie wissen um die Unwirksamkeit der Impfstoffe, Sie wissen um die Nebenwirkungen der Impfstoffe, Sie wissen um die Schäden, die die Masken verursachen!

Folgen Sie nicht länger dem verderblichen, Panik verbreitendem und sowohl gesundheits- als auch wirtschaftsschädlichen Treiben des Ministers, der sich Gesundheitsminister nennt. Setzen Sie sich für Ihr sächsisches Volk ein und sprechen Sie aus, dass der Kaiser Karl nackt ist! Es muss verhindert werden, dass dieser Politiker weiteren Schaden anrichtet!

Stehen Sie endlich für Ihr Bundesland ein, um weiteren Schaden abzuwenden:

- Weitere gesundheitliche Schäden durch den immer noch nicht voll getesteten genetischen Impfstoff bis hin zum Tod
- Gesundheitliche Schäden durch das Tragen von Masken – gerade auch bei Kindern
- Psychologische und gesundheitliche Schäden – insbesondere für Kinder – durch Dauertesten und dauerversteckte Gesichter der Bezugspersonen

- soziale Schäden durch Spaltung der Gesellschaft

Und bitte, halten Sie die Bevölkerung Ihres Sachsens nicht für so dumm, dass die für den 20. März angekündigten und nun schon wieder auf den 2. April 2022 verschobenen „Erleichterungen“ als vollwertiger Schritt zur Erlangung der laut Grundgesetz unverhandelbaren Grundrechte angenommen werden. Diese Maßnahmen geben uns unsere Grundrechte mitnichten zurück. Sie tragen weiterhin zu Spaltung der Gesellschaft bei, drangsalieren weiterhin unsere Kinder und schädigen mit den beschlossenen Zugangsregeln weiterhin die Wirtschaft (z.B. Gastgewerbe oder Handel).

Wir, die Unterzeichnenden aus Weinböhla, fordern Sie hiermit auf, sich für die sofortige Abschaffung aller Maßnahmen einzusetzen und die grundgesetzwidrige – durch Kenntnis der (mitunter tödlichen) Nebenwirkungen sogar strafbare - Impfpflicht zu verhindern.